

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 77 Februar 2022

ISSN 1439-2011

Lehre(n) aus dem Afghanistan-Desaster Grundlegende Neuorientierung – statt mehr vom Gleichen!

Albert Fuchs

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>

Unsere Projektseiten:

www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:

War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Albert Fuchs, Prof. Dr., Jg. 1937, war Hochschullehrer für Kognitions- und Sozialpsychologie und psychologische Methodenlehrer. Er ist u.a. in der pax christi-Kommission Friedenspolitik engagiert.

Für hilfreiche Hinweise und Anregungen gestalterischer und inhaltlicher Art zu einer ersten Fassung des vorliegenden Essays sei Christine Schweitzer und Stephan Brües herzlich gedankt. Desungeachtet ist allein der Autor für den Inhalt verantwortlich.

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Albert Fuchs
Lehre(n) aus dem Afghanistan-Desaster
Grundlegende Neuorientierung – statt mehr vom Gleichen!

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.77
Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Februar 2022
ISSN 1439-2011
1,50 Euro

Zusammenfassung

So dramatisch die USA und die NATO mit ihren Verbündeten in Afghanistan sowohl militärisch wie politisch gescheitert sind, bisher wurde, soweit bekannt, noch keine halbwegs seriöse offizielle Evaluierung dieses Desasters vorgelegt. Dennoch werden allenthalben „Lehren“ daraus gezogen. Sie laufen auf EU- und nationaler Ebene im Wesentlichen auf ein „Mehr vom Gleichen“ hinaus. Demgegenüber plädiert der Autor dafür, den von den USA losgetretenen Antiterrorkrieg in fakten- und in normenbezogener Hinsicht von Beginn an kritisch unter die Lupe zu nehmen und auch die zugrundeliegende „realistische“ Sicherheitsphilosophie zu hinterfragen. Die aus dieser Philosophie quasi naturhaft resultierende Sicherheitsdilemmatik hält er für überwindbar durch eine konsequente Orientierung an der UN-Idee „Gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ bzw. „Gemeinsamer Sicherheit“. Einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg aus der bestehenden Dilemmatik sieht er in der Rückbesinnung auf den gradualistischen Ansatz der Spannungsreduktion, wie er ansatzweise bereits von den damaligen Hauptakteuren J. F. Kennedy und N. Chruschtschow und insbesondere exemplarisch konsequent von M. Gorbatschow mit R. Reagan realisiert wurde.

Inhalt

Zusammenfassung	3
Inhalt	3
Einleitung	4
Mehr vom Gleichen?	4
Schonungslose Bilanz und grundlegende Neuorientierung.....	7
Exemplarische Vorschläge.....	11

Einleitung

Mit dem chaotischen Abzug der US- und NATO-Truppen samt Verbündeten ist nicht nur das Afghanistan-Abenteuer des Westens gescheitert. George W. Bushs und seiner Nachfolger gesamter weltweiter *War on Terror* hat sich als gigantischer Fehlschlag erwiesen. Er wurde höchst fragwürdig begründet, hat unvorstellbare Summen gekostet, Berge von Menschen unter die Erde versetzt, die gesamte nah- und mittelöstliche Region destabilisiert, eine beträchtliche Anzahl von *Failed States* hinterlassen und nicht nur das vorgebliche Ziel, die Zerschlagung des internationalen Terrorismus, nicht erreicht, sondern den Terror eher noch befördert. Wer wie damals die Bundeskanzlerin meint, jenseits der Bekämpfung des Terrorismus sei „*alles nicht so glücklich und nicht so geschafft worden, wie wir uns das vorgenommen haben*“¹, redet (sich) das Scheitern immer noch schön. Denn zumindest hält er oder sie die Terroristenjagd am Hindukusch augenscheinlich für eine Erfolgsgeschichte. Eine schonungslose Bilanz sieht anders aus.

Mehr vom Gleichen?

Bei derartiger Realitätsverweigerung kann man sich über die von „verantwortlichen“ Regierenden aus dem Afghanistan-Desaster gezogenen „Lehre(n)“ kaum noch wundern. Sie laufen auf einen gemeinsamen Nenner hinaus: mehr vom Gleichen, mehr Rüstung, mehr Truppen, mehr Kriegsvorbereitung und mehr Krieg.

Gewiss, der US-Präsident, Joe Biden, hatte bereits als Vizepräsident Obamas für einen Rückzug aus Afghanistan geworben und der Abzug war die zentrale außenpolitische Botschaft seiner Wahlkampagne. Das bedeutet aber nicht das Ende des *War on Terror* – oder wie auch immer das US-amerikanische Weltkriegs-Programm inzwischen heißt –, sondern nur eine abermals erweiterte Nutzung von (Kampf-)Drohnen für entsprechende *Over the Horizon*-Operationen anstelle von Truppen am Boden. Auf den IS-Anschlag im Zusammenhang des Abzugs reagierte die Biden-Administration mit einem Vergeltungsschlag mit Drohnen – offensichtlich bar jeder Einsicht, dass auch diese Art des militärischen Agierens die Probleme schafft oder steigert, die zu lösen man vorgibt. Im Übrigen sieht Biden, wie seinerzeit bereits Obama, die eigentliche Herausforderung in der Systemkonkurrenz mit China und in der Einbindung von „Vasallen“ in dieser Konfrontation.

Bei ihren Verbündeten, insbesondere bei den Deutschen, musste das Vorgehen der USA zu der ernüchternden Erkenntnis führen, dass die hochgelobte transatlantische Partnerschaft nicht einmal zur Vorabinformation und für angemessene Konsultationen beim Abzug reichte, zumal dabei die Abhängigkeit von den Fähigkeiten der US-Armee besonders deutlich wurde. Ohnehin war bereits lange klar, dass es nicht mehr um Bündnis-Verteidigung und Abschreckung ging – wenn es denn jemals darum gegangen sein sollte. So gab das Ende des Afghanistan-Einsatzes der Debatte über „strategische Autonomie“ EU-Europas neuen Auftrieb. Der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, hatte bereits annähernd zwei Jahren zuvor gefordert: „*Um zu vermeiden, dass wir zu den Verlierern des Wettbewerbs zwischen den USA und China werden, müssen wir die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischer Akteur der obersten Kategorie begreifen*“ ... – unter Einschluss der „*stärker werdenden Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente*“.² Aus gegebenem Anlass will Borrell möglichst rasch aus den EU-Battlegroups eine zumindest 5.000 Mann/Frau starke Eingreiftruppe geformt sehen, die innerhalb kurzer Zeit in Krisenländer verlegt werden kann.³

Der slowenische Verteidigungsminister legte als amtierender Ratsvorsitzender beim Treffen der Verteidigungsminister Anfang September 2021 nach und forderte eine 5.000 bis 20.000 Mann/Frau starke EU-Truppe für solche Einsätze – auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Ländern wie Mali. Die amtierende deutsche Militärministerin stimmte eifrig zu,

1 Merkel, Angela (2021): Pressekonferenz zur Lage in Afghanistan, Die Bundeskanzlerin/Mediathek, 16.08.2021.

2 Borrell, Josep (2020): Die EU muss die Sprache der Macht neu erlernen. Tagesspiegel, 08.02.2020.

3 ntv (2021): Borrell: EU braucht eigene Eingreiftruppe, ntv, 31.08.2021.

insbesondere zu dem Vorschlag, *Koalitionen von Willigen* zur Umsetzung gemeinsamer (Ein-satz-) Entscheidungen der EU zu bilden.⁴

Die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, verlangte in ihrer Rede zur Lage der Union (am 15.09.2021) einen „*Sprung nach vorne*“ in der Militarisierung der EU und kündigte einen „*Gipfel zur Europäischen Verteidigung ... während des französischen Ratsvorsitzes*“⁵ (im ersten Halbjahr 2022) an. Auch hat die Kommission im September eine neue Indo-Pazifik-Strategie präsentiert und drängt auf eine umfassendere, nicht zuletzt militärische Präsenz der EU-Staaten im Indischen und im Pazifischen Ozean, unverkennbar gegen China gerichtet.⁶ Die Fregatte Bayern der Bundeswehr ist mit ihrer aktuellen Asien-Pazifik-Fahrt bereits auf dieser Linie unterwegs.

Überhaupt: Deutsche Regierende und Amtierende zählen zu den Antreiber*innen der EU-Militarisierung – zählten insbesondere auch im Bundestagswahlkampf dazu. Wer die damals um die Führung des Landes in vorderster Reihe Konkurrierenden Baerbock, Laschet und Scholz bei dem „Triell“ um die Kanzlerschaft am 29.08.2021 verfolgt hat, musste feststellen: Der 20-jährige NATO-Krieg, der Hunderttausenden Menschen das Leben gekostet und Millionen in die Flucht getrieben hat, spornte dieses Trio keineswegs an, sich ernsthaft Gedanken über Abrüstung und Frieden zu machen. Im Gegenteil: Sie versuchten, einander darin zu übertreffen, wer von ihnen denn nun der/die treueste Militärgläubige und der/die ehrgeizigste Aufrüster*in hierzulande ist.

Nicht anders tags zuvor beim Duell Söder-Habeck. Dabei brachte der Grüne die Ambitionen der Machteliten in Brüssel und Berlin am klarsten affirmativ zum Ausdruck - wörtlich: „*Das heißt, ... wenn wir als Europäer nicht komplett von den Amerikanern abhängig sein wollen, dass wir als Europäer – ich glaube keine Nation in Europa kann das alleine leisten – weltpolitikfähiger werden müssen; das schließt militärische Einsatzmöglichkeiten mit ein.*“⁷ Der SPD-Anwärter auf das Kanzleramt erklärte wiederholt ein quasi-religiöses, sozusagen allein seligmachendes „Bekenntnis zur NATO“ zur Grundlage einer von ihm geführten Regierungskoalition. In einem solchen (Un-)Geist wird allenthalben der Bundeswehr ausgesprochen schamlos als nachhaltiger „Gewinn“ des Hindukusch-Abenteuers zugeschrieben, dass sie dabei zu kämpfen gelernt habe, d.h. zu töten und zu „fallen“ – als ob das, statt den Rückfall in Barbarei, einen kollektiven ethischen Entwicklungssprung darstellen würde. Deutsche Denkfabriken brüten und rasonieren an und zu einer „smart souveränen“, insbesondere im „*systemischen Konflikt zwischen autoritären Staaten und Demokratien*“⁸ durchsetzungswilligen und risikobereiten Außenpolitik. Mit einem Diskussionspapier für die Ministertagung am 21. Oktober 2021 hat inzwischen Deutschland, zusammen mit Finnland, den Niederlanden, Portugal und Slowenien, einen neuen Anlauf für eine EU-Interventionstruppe gestartet. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, wie das leidige Konsensprinzip bei der Entscheidungsfindung für den Einsatz von Gefechtsverbänden umgangen werden kann. Eine Möglichkeit dazu sieht man in der Erklärung von „*konstruktiver Enthaltung*“ (gemäß Art. 31 (1) des EU-Vertrags) zum Regelfall.⁹

4 Pribyl, Katrin (2021): Rückt eine europäische Eingreiftruppe näher? Trierischer Volksfreund, 03.09.2021.

5 Leyen, Ursula v. d. (2021): Rede zur Lage der Union 2021. Europäische Kommission, 15.09.2021, https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/state-union-addresses/state-union-2021_de.

6 Cissar (2021): What does an EU Indo-Pacific Strategy entail? Cissar, 19.09.2021, <https://cissar.com/what-does-an-eu-indo-pacific-strategy-entail/>.

7 Hofmann, Robert (2021): Söder gegen Habeck. VICE, 28.08.2021 (8:26-38), <https://www.vice.com/de/article/dyv94j/soder-gegen-habeck-so-lief-das-duellderherzen-bei-vice>.

8 Z.B. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.) (2021): Smarte Souveränität. 10 Aktionspläne für die neue Bundesregierung (S. 6). Berlin: DGAP.

9 Wagner, Jürgen (2021): Krieg per Enthaltung. Telepolis, 07.11.2021.

Der Anfang Dezember 2021 von SPD, Grünen und FDP beschlossene Koalitionsvertrag¹⁰ begründet keine friedenspolitische Wende. Schlaglichtartig geht das bereits daraus hervor, dass der Abschnitt „Zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ gerade einmal fünf Zeilen umfasst (S. 148), während für die Darlegungen zu „Verteidigung und Bundeswehr“ 73 Zeilen zur Verfügung stehen (S. 148-150). Die in diesem (Miss-)Verhältnis zum Ausdruck kommende inhaltliche Prioritätensetzung wird noch deutlicher, wenn man weitere Abschnitte des Vertrags einbezieht, in denen es um sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen geht, so insbesondere den Abschnitt „Europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ (S. 135 f.). Die wenigen Sätze zu einem zivilen friedenspolitischen Ansatz bleiben dementsprechend abstrakt. Immerhin wird im letztgenannten Abschnitt etwas konkreter angekündigt, „u. a. mehr ziviles Personal“ entsenden zu wollen, „dem European Institute of Peace“ beizutreten „und das Exzellenzzentrum für zivile GSVP-Missionen in die institutionelle Förderung“ (ebd.) zu überführen.

In diesem Zusammenhang wird allerdings auch in Aussicht gestellt, am „Strategischen Kompass“ der EU konstruktiv mitzuarbeiten, „um Ziele und Mittel der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung ambitioniert als Teil des Integrierten Ansatzes auszugestalten“ (ebd.). Auf jeden Fall aber soll „die deutsche Außenpolitik ... aus einem Guss agieren und ressortübergreifend gemeinsame Strategien erarbeiten, um die Kohärenz unseres internationalen Handelns zu erhöhen“ (S. 142). Unübersehbar tritt die augenscheinliche zivil-militärische Konfundierungstendenz in der haushaltstechnischen Erklärung zutage, „im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent [des] Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln“ investieren zu wollen, so Diplomatie und Entwicklungspolitik zu stärken und die „in der NATO eingegangenen Verpflichtungen“ (S. 144) zu erfüllen. Vermutlich wird zudem damit nur notdürftig vernebelt, dass sich (auch) die Ampel-Regierung der 2%-Aufrüstungsvorgabe der NATO verpflichtet sieht. Zugleich wird Entwicklungspolitik an militärpolitische Zielsetzungen und Aufwendungen gebunden, näher dann noch insofern, als „die Ausgaben für ... Entwicklungszusammenarbeit ... im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen“ (S. 150) sollen.

Wie sich das Übergewicht der militärischen Dimension des vielbeschworenen „Integrativen Ansatzes“ im Detail im Koalitionsvertrag darstellt, ist hier nicht näher zu erörtern; differenzierte Analysen sind anderweitig verfügbar.¹¹ Stichwortartig sei jedoch hingewiesen auf einige besonders dicke Brocken, die einer friedenspolitischen Neuorientierung im Weg liegen:

Bekanntnis zur NATO als „zentrale[r] Pfeiler und ... unverzichtbare[r] Teil unserer Sicherheit“ (S. 143) und zur „Stärkung des ... Bündnisses und zur fairen Lastenteilung“, u.a. durch aktive Beteiligung am „Prozess zur Entwicklung eines neuen Strategischen Konzepts“ und an der Erfüllung der „NATO-Fähigkeitsziele“ (S. 144), einschließlich der „Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen [nuklearen] Abschreckungspotenzials“ (S. 145), „solange Kernwaffen im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen“ (S. 144).

Weiterentwicklung der EU: „...zu einem föderalen europäischen Bundesstaat“ (S. 131) als strategisch souveräner, an einem „umfassenden Sicherheitsbegriff“ orientierter, zivil und militärisch „international handlungsfähiger und einiger“ auftretender „starker Akteur in einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt“ (S. 135), jedoch unter Wahrung der „Interoperabilität und ... Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO“ (S. 135), also als „europäische[r] Pfeiler in der NATO“ (S. 145). Dazu trete man ein „für eine verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen integrationsbereiter EU-Mitglieder..., vor allem bei Ausbildung, Fähigkeiten, Einsätzen und Ausrüstung“ und für eine Ersetzung der „Einstimmigkeitsregel im EU-Ministerrat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit“ durch einen „mit unseren Partnern“ entwickelten „Mechanismus..., um auch

10 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025, 24.11.2021, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf. Alle folgenden nicht weiter bestimmten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

11 Z.B. Pohlmeier, Lars & Watermann, Ute (V.i.S.d.P.) (2021): IPPNW-Kommentar zum Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“. Berlin: IPPNW, https://ippnw-wahlrezepte.de/wp-content/uploads/2021/12/2021_Bewertung_Koalitionsvertrag.pdf. Außer differenzierte Analysen beinhaltet dieser Kommentar auch zahlreiche Hinweise auf Anknüpfungspunkte zur friedenspolitischen Auseinandersetzung mit der Ampel-Linie und -Gefolgschaft.

die kleineren Mitgliedstaaten auf diesem Weg angemessen zu beteiligen“ (S. 135).

Nach- bzw. Aufrüstung: 1. in puncto „Fähigkeiten und Ausrüstung“: 60 europäische Rüstungsprojekte, die bis Ende November 2021 im Rahmen von PESCO (der nach dem Prinzip einer EU verschiedener Geschwindigkeit im November 2017 begründeten *Permanent Structured Cooperation*) von projektbezogen enger verbundenen Mitgliedstaaten angeschoben und inzwischen zum Teil bereits auch realisiert wurden,¹² ferner Beschaffung eines „Nachfolgesystem[s] für das Kampfflugzeug Tornado“ sowie „Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr“ (149).

2. in organisatorischer Hinsicht: Reform und Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen durch „gemeinsame Kommandostrukturen und ein gemeinsames zivil-militärisches Hauptquartier“ (S. 135) – 3. „Nachrüstung der Seelen“: umstandsloser Paradigmenwechsel (nach US-amerikanischem Vorbild) vom *Krieg gegen den Terror* zu (zivil-militärischer) Auseinandersetzung im „Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten“ (S. 143) und mit „autoritären Entwicklungen“ (S. 153), insbesondere in der „Systemrivalität mit China“ (S. 156 f.), mit Ansätzen typischer (kollektiver) Selbstidealisierung und Herabsetzung des Gegners und insofern mit der Tendenz zu einer Politik nach einem Freund-Feind-Schema.

(Auslands-)Einsätze: gelten ausdrücklich als Aufgabe der Bundeswehr, die neben „Landes- und Bündnisverteidigung ... gleichermaßen zu erfüllen“ sei „im Rahmen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements“ (S. 148) – liegen dem Vorhaben, „zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten ... die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr [zu] ermöglichen“ (S. 149), zugrunde – werden auch mit der gutkriegerisch getönten Beschwörung der „globalen Verantwortung Deutschlands als einer großen Industrienation in der Welt“ und des Einsatzes „für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit“ als „unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik“ (S. 7) vorausgesetzt, insbesondere mit dem Bekenntnis „zu unserer humanitären Schutzverantwortung“ (ebd.).

Im Ergebnis bestärkt ein etwas genauerer Blick in die einschlägigen Passagen des Koalitionsvertrags den bei schneller Durchsicht gewonnen Eindruck: Mit diesem Vertrag soll und kann keine friedenspolitische Wende begründet werden. Es geht eher darum, die Linie des Mehr-vom-Gleichen zu differenzieren, zu konkretisieren und ideologisch zu stabilisieren. Für eine friedenspolitische Neuorientierung gibt er kaum etwas her. Das bedeutet nicht, dass es überhaupt keine Anknüpfungspunkte für konstruktive Auseinandersetzung gibt. Es gibt sie, aber spärlich und wenig gehaltvoll, was den Ansatz, die „Linie“, betrifft. Offensichtlich waren SPD, Grüne und FDP sehr wohl darauf bedacht und haben sich darauf verstanden, „friedenspolitische Sehnsüchte in der rot-grünen Basis mit weitgehend inhaltsleeren Bekenntnissen“ zu bedienen. Damit wollen sie im Grunde aber klarmachen, dass „die militärische Aufrüstung ... hoch-, die Hindernisse zum Führen von Kriegen runtergefahren werden“¹³ sollen. Das dürfte nicht zuletzt auch eine Folge davon sein, dass man sich dem Afghanistan-Desaster nicht wirklich gestellt hat, sondern dass lieber einer „Enquete-Kommission mit wissenschaftlicher Expertise“ (S. 150) überlässt.

Schonungslose Bilanz und grundlegende Neuorientierung

Gegen militärfixierte Denk- und Handlungsmuster im Nachgang zu dem Afghanistan-Desaster ist nicht nur das katastrophale Scheitern in diesem Land kritisch zu bilanzieren und tiefergehend zu analysieren. Der gesamte Komplex des unter Berufung auf *Nine Eleven* begonnenen und zeitlich und räumlich zunehmend entgrenzten Anti-Terrorkriegs gehört auf den Prüfstand und ist mit einer alternativen Perspektive zu konfrontieren. Diese andere Perspektive basiert auf einer pazifistischen Grundposition, wird allerdings in der Gewissheit ausgeführt, dass der

12 Für Einzelheiten siehe Rat der EU (2021): Permanent Structured Cooperation (PESCO)'s projects – Overview. PM 16.11.2021, https://eeas.europa.eu/sites/default/files/pesco_factsheet_2021-12.pdf.

13 Oberansmayr, Gerald (2021): Deutscher Koalitionsvertrag: „Mehr Krieg wagen“. Solidarwerkstatt, Dezember 2021, <https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/mehr-krieg-wagen>

resultierende Nachgang zu Afghanistan auch ohne Festlegung auf einen prinzipiellen Pazifismus nachvollziehbar und plausibel ist und vor allem friedenswissenschaftlich fundiert.

1. Bis dato ist der Nebel über *Nine Eleven* bestenfalls partiell aufgelöst.¹⁴ So gibt es bspw. bisher keine wissenschaftlich haltbare (offizielle) Erklärung, wie es zum Einsturz des dritten Turms (WTC 7) kommen konnte; vielfach wird dieser Vorgang einfach übergangen.¹⁵ Völlig unklar ist auch, was es bedeutet, dass der Angriffsplan der USA gegen Afghanistan bereits mehrere Wochen vor dem 11. September, Mitte Juli 2001, vorlag und der Angriff dieser Planung zufolge Mitte Oktober stattfinden sollte.¹⁶ Und selbst wenn die quasi staatliche Verschwörungstheorie im Kern zutreffen sollte, bleibt die Frage, auf welcher Fakten-Grundlage ein mutmaßlich terroristisches Verbrechen, also eine Aufgabe für Polizei und Justiz (in Verfolgung der „Hintermänner“), umgehend zur Grundlage eines zwischenstaatlichen Krieges bis hin zum NATO-Bündnisfall und dem entgrenzten „Krieg gegen den Terror“ aufwachsen konnte.

Die Sachverhaltsproblematik geht fließend über in die normative Problematik. Bei Kriegsbeginn war der „bewaffnete Angriff“ gegen die USA weder gegenwärtig, noch stand er unmittelbar bevor. Folglich kann völkerrechtlich nicht von einer Verteidigungssituation die Rede sein. Auch hätte sie allenfalls andauern können, „bis der Sicherheitsrat, die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen“ hatte (Art. 51 UNCh), d.h. bis zum Vorliegen der SR-Resolutionen 1368 (12.09.2001) und insbesondere 1373 (28.09.2001). Entsprechend problematisch ist die Ausrufung des Bündnisfalls durch den Nordatlantikrat gemäß dem auf dem Selbstverteidigungsrecht basierenden Art. 5 des NATO-Vertrags. Kaum nachvollziehbar ist auch der rechtliche Status der verschiedenen, sich überlappenden und verändernden Mandate. Vor allem im Zuge der Anfang Oktober 2001 einsetzenden US- & UK-Operation *Enduring Freedom* (OEF) wurde das humanitäre Völkerrecht immer wieder schwerwiegend verletzt. Schließlich präg(t)en gravierende völkerrechtliche und ethische Probleme neuer Art die sich stürmisch entwickelnde Drohnenkriegsführung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung.

Deutschland agierte über die rund 20 Jahre des Afghanistan-Kriegs in faktenbezogener wie in normativer Hinsicht nach einer Art Drehbuch für Mustervasallen. Es begann mit Kanzler Schröders beflissener Ankündigung „*uneingeschränkter Solidarität*“¹⁷ mit den USA, führte bald entsprechend dem US-Vorlauf zu der völkerrechtlich hoch problematischen inhaltlichen und geografischen Entgrenzung des Verteidigungskonzepts durch Militärminister Struck und zur Erfindung von „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ und „vernetzter Sicherheit“ zwecks *State Building* und mündete in den dann besonders schmachvoll gescheiterten *Resolute Support* zum Aufbau afghanischer Streitkräfte.

Mit dem Kampf gegen den Terrorismus ging schon bald der Anspruch einher, die afghanische Gesellschaft nach westlichem Vorbild umzukrempeln, sie in einer Art Schnellkurs in ein stabiles rechtsstaatliches Gebilde zu verwandeln. Trotz der im Allgemeinen bestimmenden Bedeutung der US-Gangart spielte die Bundeswehr bei der im Hinblick auf das *State Building* propagierten und praktizierten „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ bzw. „vernetzten Sicherheit“ eine gewisse Sonderrolle. Nach der US-/NATO-Konzeption war dem zivilen Engagement ausdrücklich

14 Deiseroth, Dieter (2010): „Eine juristisch-rechtsstaatliche Aufarbeitung des 11. September hat nicht stattgefunden“. Über die 9/11-Anschläge, völkerrechtliche Folgen und die deutsche Beteiligung. Hintergrund, 4/10, S. 49-53; Fuchs, Albert (2013): Zu 9/11 – nur politisch-mediale Konstruktionen? Ein metakritischer Versuch. Wahlenau, Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. AP 25, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/37838/ssoar-2013-fuchs-Zu_911_-_nur_politisch-mediale.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2013-fuchs-Zu_911_-_nur_politisch-mediale.pdf.

15 Dazu Chandler, David (2013): WTC 7: A Refutation of NIST Analysis. In James Gourly (Ed.): 9/11 Toronto Report (pp. 197-213). Dalla/Texas: International Center for 9/11 Studies.

16 Arney, George (2001): US „planned attack on Taleban“. BBC News, 18.09.2001; Meacher, Michael (2003): This war on terrorism is bogus. Guardian, 06.09.2003.

17 Beste, Ralf & al. (2001): „Wir sind eine Welt“. Spiegel 38/2001, 14.09.2001, <https://www.spiegel.de/politik/wir-sind-eine-welt-a-4217b91b-0002-0001-0000-000020128594>.

lediglich eine instrumentelle Rolle beim „Kampf um Herzen und Hirne“ zgedacht: Erreichen der militärischen Ziele. Dagegen unterstellte die deutsche Sicht wechselseitige Abhängigkeit von militärischer Sicherheit und Staatsaufbau. Diese „konstruktive“ Perspektive sollte nicht zuletzt das militärische Unternehmen gegenüber der eigenen skeptischen Öffentlichkeit legitimieren. Doch wie auch immer, die dem Ansatz augenscheinlich zugrundeliegende Mixtur von instrumentalistischer Heuchelei und kulturalistischer Überheblichkeit dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass weder Herzen noch Hirne mehrheitlich und nachhaltig gewonnen werden konnten.

2. Mit dem Scheitern am Hindukusch ist Afghanistan für den Westen (vorläufig) abgehakt.

Die skizzierten offiziellen Lehren aus dem Desaster lassen jedoch kein Umdenken erkennen. Man sieht sich „... in eine(r) neuen Ära verstärkter Konkurrenz“ im Übergang „zu einer neuen internationalen Ordnung“.¹⁸

Die Durchsetzung der Konkurrenz-Rhetorik mit militärfreundlichen bis militaristischen Argumentations-Topoi lässt erkennen, dass die zugrundeliegende außen- und sicherheitspolitischen Perspektive geradezu lehrbuchhaft dem „realpolitischen“ Paradigma entstammt, und dass insbesondere die Frage, wie der Krieg zu vermeiden und der Frieden zu gewinnen ist, von (den) Regierenden letztlich im Sinne dieses Paradigmas beantwortet wird. Ausgehend von einem skeptischen bis pessimistischen Menschenbild sieht man den Möglichkeiten kooperativen Handelns enge Grenzen gesetzt bzw. versteht Kooperation als der Konkurrenz funktional untergeordnet. „Realistisch“ in einer anarchischen Welt konkurrierender sozialer Einheiten (Individuen, Gruppen, Staaten...) ohne ordnende Autorität ist es demnach, auf Selbstschutz und Selbsthilfe zu setzen, Sicherheit durch Aufrüstung, Frieden durch Abschreckung zu suchen. Das aber muss von potenziellen Gegnern als Bedrohung der eigenen Sicherheit und als Gefährdung des Friedens erlebt werden und dazu führen, dass sie ihrerseits Schutz in Militär und (weiterer) Rüstung suchen. Da annahmegemäß alle (Staaten) so funktionieren, erwächst aus den Sicherheitsbestrebungen der Einzelnen mehr und mehr Unsicherheit für alle. Dieses *Sicherheitsdilemma* ist prinzipiell nicht aufhebbar.¹⁹

Die Hintergrundannahmen der realpolitischen Perspektive als solche erweisen sich bei genauerem Hinsehen sowohl als Ursache wie als Treiber der Sicherheitsdilemmatik. Man hat es nur scheinbar mit realistischen Annahmen zur „Natur“ von Mensch und Gesellschaft zu tun. In Wirklichkeit handelt es sich um hochspekulative Konstruktionen, die nicht falsifizierbar und insofern empirisch eher leer sind. Das macht sie politisch aber keineswegs irrelevant. Sie wirken vor allem normativ, bestimmen jedenfalls die eigenen Sicherheits-Bestrebungen und -maßnahmen und damit die Bedrohungswahrnehmung der anderen und deren Bestrebungen und Handlungsweise. So kommt eine fatale *Self-fulfilling Prophecy*-Dynamik in Gang²⁰: Die zunächst unzutreffenden Annahmen bewahrheiten sich aufgrund entsprechenden eigenen Agierens. Die eskalatorische Triebkraft dieser Dynamik beruht auf dem Interaktionscharakter des Konfliktgeschehens und dem „Wie du mir, so ich dir“. Die Spiegelbildlichkeit ist jedoch keineswegs perfekt. Verstärkt wird vielmehr die Dynamik durch den Mechanismus der wechselseitigen Akteur-Beobachter-*Perspektivendivergenz*²¹: Eigene Maßnahmen werden grundsätzlich als defensiv, angemessen und gerechtfertigt wahrgenommen und auf äußere Umstände zurückgeführt (insbesondere als Reaktion auf gegnerisches Handeln); gegnerische werden als bedrohlich, aggressiv und nicht rechtfertigungsfähig interpretiert und der Bösartigkeit des Gegenüber zugeschrieben; der destruktive Prozess hat demzufolge seinen Ursprung in dessen Tun und Lassen. Das führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu zunehmender wechselseitiger Unsicherheit und zu wachsender Gefahr eines katastrophalen Ausganges.

18 Siehe Anm. 5

19 Herz, John H. (1950): Idealist Internationalism and the Security Dilemma. *World Politics*, 2 (2), pp. 157-180.

20 Merton, Robert K. (1967): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen. In Ernst Topitsch (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften* (S. 144-161). Köln: Kiepenheuer & Witsch.

21 Jones, Edward E. & Nisbett, Richard E. (1971): The Actor and the Observer: Divergent Perceptions of the Causes of Behavior. In Edward E. Jones & al. (Eds.): *Attribution. Perceiving the Causes of Behavior* (pp. 79-94). Morristown, NJ: General Learning Press.

3. Ohne Einsicht in diese Dynamik wird sich keine „Schubumkehr im Denken und Handeln der politisch Verantwortlichen“²² in Richtung Entspannung, Dialog, Vertrauen und Kooperation einstellen. Notwendig darüber hinaus ist eine differenzierte Vorstellung von einem alternativen Ansatz. Ein solcher Ansatz gegen die laufende grassierende Militarisierung muss jedoch nicht neu erfunden, wohl aber erneut politisch wirksam erinnert werden. Mit der UNO-Idee der Wahrung des Friedens durch ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ (Art. 24 (2) GG), das grundsätzlich nicht gegen einen äußeren Feind gerichtet ist, sondern nach innen Wirksamkeit entfalten und nach und nach alle Staaten einschließen sollte, liegt (nach diversen Vorläufen) die Alternative schon lange recht elaboriert vor. Als europäische Weiterentwicklung des UNO-Konzepts gelten die von der internationalen *Palme-Kommission* (1980-1982) erarbeiteten Prinzipien für Abrüstung und *Gemeinsame Sicherheit*, die später in der OSZE implementiert wurden.²³ Im Rahmen von M. Gorbatschows *Perestrojka* war die Sowjetunion der weltweit erste (und bisher einzige) Staat, der (die) Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit als *Neues Denken* zur Grundlage seines außenpolitischen Handelns erhob.

Der ausschlaggebende Grund für Gorbatschows Ziel, weltweit eine grundlegende Veränderung im außen- und sicherheitspolitischen Denken und Handeln zu erreichen, war die rapide wachsende Gefahr eines Atomkriegs in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und damit die Gefahr der Vernichtung der Zivilisation oder gar der Menschheit überhaupt im Zuge der scheinbar endlosen Konfrontation zwischen Ost und West. Menschheitsprobleme wie die Atomkriegsgefahr und die ökologische Bedrohung des gesamten Lebensraums betreffen jedenfalls alle. Im Zentrum neuen Denkens müssen demnach universelle Interessen und Werte stehen. Partikularinteressen von Gruppen, Klassen, Völkern, Staaten und Staatenbündnissen werden damit weder ignoriert noch verleugnet, wohl aber werden sie relativiert und u.U. hintenangestellt. Auch kann kein sozialer Akteur Menschheitsprobleme alleine, nur für sich oder gar gegen die anderen lösen. In einer zunehmend interdependenten Welt stehen alle in der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten. Eine durchaus „realistische“ Begründung von entsprechend kooperativem Verhalten kann wohlverstandener Eigennutz darstellen, den die Akteure mit kooperativem Verhalten erzielen können. Es ist aber nur zwangsfrei zu erreichen, über Dialog und Verhandlung. Das bedeutet zumindest, sich zu weigern, die Problembearbeitung als Kampf zu betrachten und feindselig zu agieren.

4. Die Ideale und abstrakten Verhaltensprinzipien müssen heruntergebrochen, durchdekliniert und in praktische Politik umgesetzt werden. Auch diesbezüglich ist das außen- und sicherheitspolitische Agieren der Sowjetadministration unter Gorbatschow mustergültig. Man kann es ähnlich wie das von US-amerikanischer Seite initiierte sog. *Kennedy-Experiment*²⁴, das im Nachgang zur Kuba-Krise zu einem kurzzeitigen Tauwetter im Verhältnis USA-Sowjetunion führte, mit guten Gründen als praktizierten Gradualismus verstehen. Nach dem Anfang der 1960er Jahre entwickelten GRIT- Strategie (GRIT für *Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction*)²⁵ sollten abgestufte, zunächst einseitig initiierte, nach und nach aber von der Gegenseite erwiderte, spannungs- und rüstungsmindernde Initiativen die Rüstungsdynamik stoppen und in eine Abrüstungsdynamik überführen. Wie weit die politischen Haupt-Akteure (Kennedy-Chruschtschow, Gorbatschow-Reagan) von den akademischen Überlegungen inspiriert waren, ist unklar; die Wirksamkeit ihres entsprechenden Vorgehens steht außer Frage.

Als Grundvoraussetzung der Wirksamkeit der GRIT-Strategie gelten gemeinsame Interessen an Spannungsminderung und Rüstungsabbau. Im Zentrum des Prozesses stehen die einseitigen und begrenzten Vorleistungen, welche die Adressaten zu funktional entsprechenden Reaktionen bewegen sollen. Dabei stellt Reziprozität eher ein Unterziel dar als eine Verhaltensnorm,

22 Gabriel, Sigmar (2017): Rede zur Eröffnung der Konferenz *Making Conventional Arms Control Fit for the 21st Century*. Auswärtiges Amt, 06.09.2017.

23 OSCE Secretariat (Ed.) (2009): *The OSCE Concept of Comprehensive and Co-operative Security*. Conflict Prevention Centre, 17.06.2009.

24 Etzioni, Amitai (1968): *Das Kennedy-Experiment*. In Ekkehart Krippendorf (Hrsg.): *Friedensforschung* (S. 393-412). Köln: Kiepenheuer & Witsch.

25 Etzioni, Amitai (1962/dt. 1965): *Der harte Weg zum Frieden. Eine neue Strategie*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; Osgood, Charles E. (1962): *An Alternative to War and Surrender*. Illinois: University of Illinois Press.

und Akteurs- und Adressaten-Rolle (können) wechseln. In der Referenz- und Anschlussliteratur hat man sich eingehend mit Fragen von Kriterien und Rahmenbedingungen gradualistischer Entspannungs- und Abrüstungspolitik auseinandergesetzt. So gilt es z.B., den neuen politischen Ansatz als Leitidee und Bezugsrahmen vorab redlich und klar mitzuteilen oder jeden Schritt ebenso anzukündigen, auszuführen und zu angemessener Entgegnung (nach Wahl der Adressierten) einzuladen.

5. In einer aktuellen Retrospektive reflektiert Gorbatschow auch die seinerzeitige Orientierung an der „*Entmilitarisierung der Weltpolitik*“ nach dem „*Grundsatz angemessener Verteidigungsfähigkeit auf niedrigerem Rüstungsniveau*“ und mit dem „*obersten Verhandlungsziel, die Welt von Atomwaffen frei zu bekommen.*“ Die Vision einer Weltordnung im Sinne des Neuen Denkens sei „*eine Weltgemeinschaft von Rechtsstaaten*“ gewesen, „*die ihre Außenpolitik dem Recht unterordnet*“. In der globalisierten Staatenwelt jedoch und in Anbetracht der inzwischen angehäuften Unmengen „konventioneller“ Waffensysteme, die in ihrer Zerstörungskraft längst an nukleare Waffen heranreichten, sei es auch mit der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen nicht getan. Vielmehr müssten „*die Beziehungen der Staaten ... nicht nur durch das Völkerrecht geregelt werden, sondern auch durch Verhaltensregeln, die auf den Grundsätzen der universellen menschlichen Moral beruhen.*“²⁶

Exemplarische Vorschläge

In der damit angesprochenen, über die strikte Einhaltung des Völkerrechts hinausgehenden ethischen Vertiefung des gradualistischen Ansatzes ist eine Öffnung für die Perspektive eines aktiv-gewaltfreien Pazifismus zu erkennen. Natürlich wäre es aus dieser Sicht zu begrüßen, wenn für die Außen- und Sicherheitspolitik verantwortliche Mitglieder der Bundesregierung diese Perspektive teilen könnten. Das hieße aber wohl, angesichts der oben skizzierten Festlegungen durch den Koalitionsvertrag, zu viel erwarten. Ansatzpunkte dafür, dass einschlägige Entscheidungen und Maßnahmen dieser Perspektive wenigstens nicht zuwiderlaufen, sind jedoch beispielsweise in folgenden Bereichen und Maßnahmen zu finden:

Nuklearwaffenpolitik:

Die *Doomsday Clock* der kritischen Atomwissenschaftler vom *Bulletin of the Atomic Scientists* steht seit 2020 auf 100 Sek. vor Mitternacht, der symbolischen Stunde des Weltuntergangs infolge einer nuklearen Katastrophe.²⁷

Angesichts dieser Lage ist ein substanzieller und nachhaltiger Beitrag der Bundesregierung gegen die „nukleare Ordnung“ zu erwarten, d.h.:

- Stopp der Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr,
- Teilnahme als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags im März 2022 – mit erklärter Offenheit für einen Beitritt,
- Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland und Austritt aus der Nuklearen Teilhabe der NATO,
- Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Bündnis- und Rüstungspolitik:

Die NATO betreibt unübersehbar Aufrüstung gegen Russland. Die EU-Macht-Elite scheint versessen auf den Um- und Ausbau der Union zu einem „strategisch autonomen“ Militärbündnis auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland, also zu einer Militär-Supermacht. Als wichtiges Instrument gelten der Zusammenschluss und die Vereinheitlichung der Rüstungsanstrengungen – Stichwort: PESCO. Das läuft auf die endgültige Zersetzung der EU-Friedensmacht-Idee hinaus. Vor dem Hintergrund der bereits laufenden Militärausgaben – im Jahr 2020, SIPRI zufolge, weltweit 1,98 Billionen USD, davon 778 Milliarden oder 39,2 % allein seitens der USA und damit das rund 3fache der Militärausgaben Chinas (252 Milliarden USD) und das annähernd

26 Gorbachev, Michail (2021): Perestroika and New Thinking: A Retrospective. Russia in Global Affairs, 09.08.2021.

27 Bulletin of the Atomic Scientists (2021): 2021 Doomsday Clock Statement. BAS, 27.01.2021.

13fache der Ausgaben Russlands (61,7 Milliarden)²⁸ –, vor diesem Hintergrund ist der Aufrüstungsschub der EU eine wahnwitzige Vergeudung von Ressourcen, finanziellen Mitteln sowie menschlicher Arbeitskraft und Kreativität und das zur immensen Belastung des Lebensraums Erde. Höchst unverantwortlich handelt jede Bundesregierung, die dieses menschen- und lebensfeindliche Spiel weiter mitspielt.

Im Einzelnen gehört in das friedenspolitische Programm:

- Aufkündigung der 2% BIP-Aufrüstungsforderung der NATO und jährweise, „Rückabwicklung“ der Militärausgabensteigerung der vorausgehenden Legislaturperiode
- Verweigerung der (weiteren) Beteiligung an NATO-Militärübungen auf dem Gebiet ehemaliger Sowjetrepubliken und keine Bereitstellung deutschen Territoriums für entsprechende Aufmärsche,
- Verzicht auf Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten und bewaffnungsfähigen Drohnen und Beendigung der Beteiligung an dem vier-nationalen Eurodrohnen-Projekt,
- Rückzug von dem deutsch-französisch-spanischen Programm der Entwicklung eines neuen bemannten Mehrzweckkampfflugzeugs mit unbemannten Begleitflugzeugen und neuen Waffen- und Kommunikationssystemen (FCAS),
- Umwidmung der freiwerdenden/eingesparten Mittel für militärfreie, genuin zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und entwicklungspolitische Zusammenarbeit,
- aufrichtiges, konsequentes und nachhaltiges Bemühen um ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Kampfdrohnen und (voll-)autonomen Waffensystemen.

Soweit ein paar Vorschläge und Forderungen zur Neu-Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung im Nachgang zu dem Afghanistan-Desaster - gegen den herrschenden Geist der *Mehr Rüstung, mehr Truppen, mehr Kriegsvorbereitung und mehr Krieg!* Insbesondere das Problemfeld Verwendung der Bundeswehr wäre für einen ähnlich breiten Maßnahmen-Fächer im Sinne der befürworteten Perspektive und Strategie zu entfalten. Das muss hier dahingestellt bleiben. Im Übrigen sind weder die perspektivischen Überlegungen noch die konkretisierenden Vorschläge gönnerhaft als purer „Denksport“ (M. Söder) zu begreifen. Es geht um friedenspolitisch nicht weniger als tatsächlich „*Neues in Deutschland*“ (C. Lindner).

28 Lopes da Silva, Diego & al. (2021): Trends in World Military Expenditure, 2020. SIPRI Fact Sheet, 26.04.2021, https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-04/fs_2104_millex_0.pdf.